

Inhalt

A. Einleitung	13
B. Nationale und grenzüberschreitende Tätigkeit von Kreditinstituten in der EG	15
I. Definition des Bankgeschäftes	15
II. Rechtsformen der Aktivitäten von Kreditinstituten aus anderen Mitgliedstaaten	17
1. Grenzüberschreitende Dienstleistungen	18
2. Repräsentanzen	18
3. Zweigstellen	18
4. Beteiligungen/Tochtergesellschaften	19
III. Die Struktur des Bankenmarktes in der Europäischen Gemeinschaft	20
C. Grundlagen der Bankenaufsicht	24
I. Erklärungsansätze und Definition der Bankenaufsicht	24
II. Träger der Bankenaufsicht	25
III. Rechtsgrundlagen der Bankenaufsicht	26
IV. Grenzüberschreitende Bankenaufsicht	27
1. Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Bankenaufsicht	27
2. Besonderheiten der grenzüberschreitenden Bankenaufsicht in der EG	28
a) Wettbewerbsverzerrungen aufgrund ungleicher rechtlicher Rahmenbedingungen	28
b) Aufeinanderstoßen verschiedener Rechtsordnungen	29
c) Risiken im Bankgeschäft	30
D. Rechtsgrundlagen und Entwicklungsstufen zum heutigen Bankenaufsichts- recht in der EG	33
I. Der EWG-Vertrag als übergeordnete Rechtsgrundlage	33
1. Niederlassungsrecht gem. Art 52. ff. EWGV	34
2. Freier Dienstleistungsverkehr gem. Art. 59 ff. EWG-Vertrag	34
3. Freiheit des Kapitalverkehrs gem. Art. 67 ff. EWGV	36
II. Mögliche Rechtsnormen zur Erfüllung des EWG-Vertrages	37
III. Die Entwicklung der Rechtsetzung zum Bankenaufsichtsrecht in der Europäischen Gemeinschaft	39
1. Entwurf einer Richtlinie zur Koordinierung des Bankrechts in der EG von 1972	39
2. EG-Bankrechtsrichtlinien von 1973 bis 1983	41

3. Das Weißbuch der EG als Orientierung für die weitere Rechtsetzung	43
4. Im Anschluß an das Weißbuch ab 1986 ergangene Richtlinien und Empfehlungen	44
5. Die Empfehlungen des "Basler Ausschusses" als wichtige Einflußgröße für das EG-Bankenaufsichtsrecht	48
E. Die Ausgestaltung des EG-Bankenaufsichtsrechts und seine Umsetzung in das deutsche Recht	50
I. Die 2. Bankrechtskoordinierungsrichtlinie und ihre Umsetzung in das Kreditwesengesetz	51
1. Anwendungsbereich: "Kreditinstitute"	52
a) Der Ansatz der 2. Bankrechtskoordinierungsrichtlinie	52
b) Umsetzung in das Kreditwesengesetz	55
2. Träger der Bankenaufsicht und ihre Zuständigkeiten	57
a) EG-Recht	57
b) Umsetzung in das KWG	58
3. Anforderungen bei der Zulassung von Kreditinstituten nach EG-Recht und ihre Umsetzung in das KWG	59
a) Rechtlich verselbständigte Eigenmittel	60
b) Anfangskapital i.H.v. 5 Millionen ECU	61
c) Anzahl und Qualifikation der Geschäftsführer	64
d) Vorlage eines Geschäftsplanes	64
e) Anforderungen an die Gesellschafter	64
f) Zulassungsverfahren für Tochtergesellschaften von Kreditinstituten aus der EG	65
g) Zulassungsverfahren für Tochtergesellschaften von Kreditinstituten aus Drittländern	67
4. Anforderungen an Kreditinstitute bei der Errichtung von Zweigstellen	69
a) Errichtung einer Zweigstelle in einem fremden Mitgliedstaat	69
b) Errichtung einer Zweigstelle im eigenen Mitgliedstaat des Kreditinstituts	74
c) Errichtung einer Zweigstelle in der EG durch ein Kreditinstitut aus einem Drittland	75
5. Aufsichtsrechtliche Bestimmungen bei der Ausübung der laufenden Geschäftstätigkeit	76
a) Die möglichen Tätigkeiten eines Kreditinstituts	76
b) Mindesteigenmittel während der laufenden Geschäftstätigkeit	80
c) Ordnungsgemäße Verwaltung und Buchhaltung bei den Kreditinstituten	81
6. Sonderregelungen zu den Beteiligungen von Kreditinstituten	81
a) Beteiligungen an Kreditinstituten	82
b) Beteiligungen von Kreditinstituten	82
II. Die Eigenmittelrichtlinie und ihre Umsetzung in das Kreditwesengesetz	85
1. Das System zur Errechnung der Eigenmittel	88
2. Die Basiseigenmittel	92
3. Die ergänzenden Eigenmittel	94
a) Neubewertungsrücklagen	95
b) Wertberichtigungen i.S.v. Art. 37 Abs. 2 der Bankbilanzrichtlinie	97
c) Sonstige Bestandteile i.S.v. Art. 2 Abs. 1 Nr. 6	98

d) Die Haftsumme gem. Art. 2 Abs. 1 Nr. 7	101
e) Kumulative Vorzugsaktien mit fester Laufzeit und nachrangige Darlehen gem. Art. 2 Abs. 1 Nr. 8	102
4. Fonds für allgemeine Bankrisiken	103
5. Allgemeine Abzugsposten	105
III. Die Solvabilitätsrichtlinie und ihre Umsetzung in die "Grundsätze"	
gem. § 10 KWG	107
1. Überblick zum Aufbau der Solvabilitätsrichtlinie	109
2. Der Zähler des Solvabilitätskoeffizienten	110
3. Der Nenner des Solvabilitätskoeffizienten	111
a) Risikogewichtete Aktiva	111
b) Außerbilanzielle Geschäfte gem. Art. 5 Abs. 2	113
c) Außerbilanzielle Geschäfte gem. Art. 5 Abs. 3	115
4. Die Umsetzung der Solvabilitätsrichtlinie in den Grundsatz I gem. §§ 10, 10 a KWG	118
a) Die Risikopositionen nach Grundsatz I	119
b) Anrechnung der Risikoaktiva	121
c) Der Solvabilitätskoeffizient	121
F. Zusammenfassung	124
Literatur	127